GENDER OPEN REPOSITORIUM

Zum Verhältnis von „Staat" und „Kapital" und „Patriarchat"

Werlhof, Claudia ¬von¬

1985

https://doi.org/10.25595/796

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Werlhof, Claudia ¬von¬: *Zum Verhältnis von „Staat" und „Kapital" und „Patriarchat"*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 8 (1985) Nr: 13, 63-78. DOI: https://doi.org/10.25595/796.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis



13

ozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis



13

1. Auflage, 1985
Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Gesamtherstellung: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel und grafische Arbeiten: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e. V.

8. Jahrgang (1985) Heft 13

Redaktion: Ute Annecke, Ulrike Bergmann, Barbara Böttger, Inge Hehr, Maria Mies, Carola Möller, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Veronika Bennholdt-Thomsen, Angelika Blickhäuser, Barbara Böttger, Bärbel Clemens, Verena Fiegl, Inge Hehr, Sarah Jansen, Anne Klein, Anne Lütkes, Sabine Marx, Regina Michalik, Carola Möller, Monika Molter, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Irmgard Schultz, Helgard Ulshoefer, Claudia von Werlhof, Christa Wichterich, Susanne Zeller

Die „beiträge" erscheinen dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 13 DM 16,- (Heft 8-12 DM 14,-), Jahresabonnement (jeweils 3 Hefte) 38,- DM (3,33 DM pro Heft gespart), Förderabonnements ab 60,- DM, Mitgliederinnenabonnements 35,- DM. Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder ab Heft 8 durch den Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich durch den Verlag (außer Buchhandel). Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/52 64 22. Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V., Konto-Nr. 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Verlag und Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlagsbetrieb des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Schloßstr. 94, 6000 Frankfurt/M. 90.
Westberlin: Frauenbuchvertrieb GmbH, Mehringdamm 32-34, 1000 Berlin 61.

INHALT

Editorial 5

Unser Staat?

Irmgard Schultz
Überlegungen zu einer feministischen Staatstheorie anhand von Jean Bodin (1529-1596) 9

Veronika Bennholdt-Thomsen
Zivilisation, moderner Staat und Gewalt
Eine feministische Kritik an Norbert Elias' Zivilisationstheorie 23

Brunhilde Sauer-Burghard
...Wie der Staat zum Vater aller Dinge wurde. — Eine Untersuchung staatlicher Funktionen bei der Organisation der modernen kapitalistisch-patriarchalen Verhältnisse zwischen Männern und Frauen dargestellt am Beispiel Preußens. 37

Bärbel Clemens
Bürgerin im Staat oder Mutter in der Gemeinde? Zum Politik- und Staatsverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung 49

Susanne Zeller
Die „Staatsgesinnung" der Fürsorgerin nach dem 1. Weltkrieg zwischen Sozialismus und Weiblichkeitsideologie 59

Claudia von Werlhof
Zum Verhältnis von „Staat" und „Kapital" und „Patriarchat" 63

Verena Fiegl
Über den Zusammenhang von Staat — Militär — Prostitution 79

Inge Hehr, Carola Möller
Die Illusion vom Sozialstaat 95

Helgard Ulshoefer
Wie der Staat heute mit den Frauen umgeht 105

Frauen gegen Erwerbslosigkeit
Angelika Blickhäuser, Monika Molter
Politische Arbeit mit Staatsgeldern? 110

Sabine Marx
Der Ort der Politik ist: Hier, überall.
Die Zeit der Politik ist: Jetzt, sofort. 115

Anne Klein, Regina Michalik
Frauenvorstand — feministischer Coup oder nur ein Vorstand ohne Männer? 128

Barbara Böttger, Anne Lütkes, Carola Möller
Grüne Parlamentarierinnen — Macht für Frauen? 131

Dokumentation, Informationen

Christa Wichterich
Vom islamischen Staat, ganzen und halben Menschen 145

Aufruf zur Aktionskonferenz
Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik 147

Aufruf
An alle Frauen, die geschichtlich arbeiten! 148

Vorankündigung Heft 14 150

Rezension

Regine Becker-Schmidt, Gudrun Axeli-Knapp, Beate Schmidt
Eines ist zu wenig — beides ist zu viel
(Gisela Notz) 151

Autorinnen 153

Claudia von Werlhof

Zum Verhältnis von „Staat" und „Kapital" und „Patriarchat"*)

Die Puppen in der Puppe

Es sind die alten, die „klassischen" Fragen, die mit dem Auftauchen neuer sozialer Bewegungen — insbesondere der Frauenbewegung — seit Ende der sechziger Jahre wieder gestellt werden. Es sind grundlegende Fragen nach Zusammenhängen, nach „dem Ganzen" und seiner Geschichte, ohne deren Klärung wir offenbar unseren historischen Ort, unsere Perspektiven und unsere „Utopie" nicht erkennen können. Wir spüren, daß wir uns „die Welt" erklären müssen, um uns darin wiederzufinden, und werden stattdessen von der traditionellen Wissenschaft seit Jahrzehnten abgespeist mit einem Partialwissen, das nichts als Unbehagen in uns hinterläßt. Aber auch die seit kurzem modischen Versuche von Exponenten der neuen sozialen Männer-Bewegungen, dieses „Ganze" angeblich neu und überhaupt wieder zu interpretieren, lassen das Unbehagen nicht verschwinden (vgl. Thürmer-Rohr 1984).
Was nützt uns die Aufforderung zu einer „Bewußtseins"- oder „Kultur-Revolution", wenn wir immer noch nicht die Grundlagen und immer wiederkehrenden „Ursprünge" unserer Lage in ihren Zusammenhängen nicht kennen, die uns ja auch die „klassischen" und „ganzheitlichen" Erklärungsversuche seit der Aufklärung „verschwiegen" haben?
Im Zusammenhang mit der neuen Frauenbewegung sind von den „alten" Fragen bisher vor allem zwei neu gestellt worden, nämlich die nach „Ursprung" und Entwicklung des „Patriarchats" und die nach dem Verhältnis Frauen-„Kapital". Was bisher weitgehend gefehlt hat, ist die Frage nach dem, was der „Staat" für die Frauen bedeutet (hat). Der Staat ist bei der Herausbildung dessen, was wir eine feministische Gesellschaftstheorie nennen, noch nicht grundlegend untersucht worden. Warum dies auch immer so sei, es scheint mir einer der Gründe zu sein, warum auch der Zusammenhang von „Patriarchat" und „Kapital" (und Staat) noch nicht klarer geworden ist. So kann nach wie vor behauptet bzw. davon ausgegangen werden, daß Kapitalismus und Patriarchat *zwei* verschiedene Systeme seien, ein „ökonomisches" und ein „kulturelles" bzw. zwei ökonomische. (vgl. Debatte über die sog. „Dualwirtschaft" und die angeblich mögliche (Un-)Gleichzeitigkeit zweier — oder mehrer — „Produktionsweisen", insbes. die These vom Vorhandensein einer „häuslichen Produktionsweise" parallel zur kapitalistischen; zur Debatte „Patriarchat"—„Kapital", vgl. Eisenstein 1979; Sargen 1981).
So beschäftigen sich viele „Feministinnen" mit dem „Patriarchat", ohne sich mit der kapitalistischen Produktionsweise auseinanderzusetzen und viele „Sozialistinnen" mit dem „Kapitalismus", ohne sich mit dem Patriarchat auseinanderzusetzen. Dadurch kommt es zu keinem wirklich neuen Begreifen dessen, was Kapitalismus und Patriarchat — geschweige denn der Staat — heute bedeuten, bzw. von ihren Anfängen an bedeutet haben. Unklar bleibt aber auch, ob der „Sozialismus" überhaupt eine eigene Produktionsweise sein kann, weil sein Verhältnis zu Kapitalismus und Patriarchat nicht grundlegend genug untersucht worden ist. Umso mehr gilt dies auch für das Phänomen des „sozialistischen" Staates.
Diese Art der „dualistischen" und strukturalistischen — die Phänomene wie Dinge voneinander abgrenzende, anstatt als Verhältnisse aufeinander beziehende — Anschauung, die das neuzeitliche (männliche) Denken immer wieder bestimmt hat, ist

*) *Anmerkungen: überarbeiteter Teil aus Werlhof 1984 a), erscheint im Periferia Verlag/CON Vertrieb, Bremen 1985*

auch aus den Köpfen der Frauen offenbar nur schwer zu verbannen und nistet sich dort immer wieder ein (vgl. auch die neuen „alternativen" Denkmodelle, dazu Werlhof 1984 b). Sie speist sich bezüglich unserer Fragestellung vor allem auch aus der Tatsache, daß das Patriarchat „als solches" wesentlich älter als der Kapitalismus ist. Es stellt sich also hier eine weitere „klassische" Frage, nämlich die nach der Periodisierung der Geschichte. Auch der Kapitalismus ist ja nicht die erste Produktionsweise in der Geschichte, die auf Ausbeutung „als solcher" beruht. Es müßte also gefragt werden, wie die Entwicklung des Patriarchats mit der Entwicklung ausbeuterischer Produktionsweisen zusammenhängt, zu welcher Produktionsweise gewissermaßen welches Patriarchat „gehört". Unklar scheint insbesondere zu sein, worin eigentlich der Unterschied zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und dem „dazugehörigen" Patriarchat einerseits und den historisch davorliegenden Produktionweisen und Formen des Patriarchats andererseits liegt.

Mit anderen Worten, es fehlt uns immer noch ein adäquates Begreifen des spezifisch kapitalistsichen Charakters des heutigen Patriarchats wie des spezifisch patriarchalischen Charakters des Kapitalismus als der heutigen (und noch dazu weltweiten) Produktionsweise.

Für ein besseres Begreifen der Dialektik — nicht des Dualismus — von Patriarchat und Produktionsweise hat meiner Meinung nach die entsprechende Analyse des Staats eine Schlüsselfunktion. Wir kommen ohne sie nicht weiter, wenn wir die „Tür mit den sieben Schlössern" zu einer feministischen Gesellschaftstheorie wirklich einmal öffnen wollen.

Wenn das Bedürfnis nach „Theorie", nach Erklärungen, aus der Praxis, dem Alltag kommt, dann haben wir Gründe genug, gerade jetzt wieder auch „theoretisch" zu werden: Denn Staat, Kapital und Patriarchat „nehmen zu", anstatt ab, vertiefen sich überall, weltweit („Durchkapitalisierung", „Durchstaatlichung", „Neo-Patriarchalismus"), und zwar gleichzeitig in quasi „konzertierter Aktion". Abgesehen davon, daß dies — der üblichen Anschauung nach — angeblich gar nicht möglich ist, kann eine solche Entwicklung für Frauen nun wirklich nichts Gutes bedeuten. Ist dies der Grund, warum sie sich die „alten" Fragen für die Frauen neu stellen, so gilt das zum Teil auch für andere soziale Gruppen, die von der gegenwärtigen Entwicklung negativ betroffen sind.

Im Folgenden soll an einem Beispiel, nämlich dem einer neueren ländlichen Sozialbewegung in Venezuela, aufgezeigt werden, wie die Betroffenen dazu gekommen sind, sich einige der alten Fragen neu zu stellen, obwohl sie von der „großen Theorie" wirklich nicht viel wissen können, und es ihnen gerade um die Praxis geht, deren sie jetzt dringend bedürfen, um die strukturelle Attacke auf ihre Lebensgrundlagen überhaupt zu überleben. Daß dabei die Frage nach dem Geschlechterverhältnis nicht gerade als erste gestellt wird, braucht nicht zu verwundern. Aber die Art, die „Logik" der Fragestellung weist einen Weg, auf dem auch diese erste und letzte aller Fragen gestellt werden muß und wird, weil sonst auch alle anderen Fragen nicht beantwortet werden können und kein praktischer Weg gefunden werden kann. Das gilt sicherlich genauso auch für alle hiesigen sozialen Bewegungen.

Zunächst möchte ich dabei meinen eigenen Erkenntnisprozeß wiedergeben, wie er sich im Kontakt und in Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Mitgliederinnen dieser Bewegung vollzogen hat. Das, was ich von dieser Bewegung gelernt habe, versuche ich dabei teilweise auf bislang geführte theoretische Diskussionen zu beziehen mit dem Ziel, auch auf einer allgemeinen Ebene auszudrücken, was die Konsequenzen der aktuellen Praxisprobleme für die Klärung der alten Fragen nach dem Zusammenhang von Patriarchat, Staat und Kapital sein könnten.

Die Ausgangsthese, mit der wir — also auch die betreffenden Mitglieder/innen der Bewegung — begonnen haben, war recht einfach: Nicht nur die (freie) Lohnarbeit, sondern auch alle anderen entlohnten und nicht entlohnten Arbeitsverhältnisse bis hin zur Hausarbeit sind (heute) als kapitalistische, also als zum Kapitalismus gehörende und diesem ausbeuterisch untergeordnete Produktionsverhältnisse zu begreifen. (Es han-

delt sich also um eine Art erweiterte Hausarbeits-These). Sehen wir uns nun an, was diese Ausgangsthese für Folgen hat, wenn von ihr und einer bestimmten Praxis ausgehend auch andere, nicht nur „rein" ökonomische und noch dazu ziemlich umfassende Fragen in den Blick geraten (insges. vgl. Werlhof 1984 a).

Die Bedeutung einer neuen Art der Periodisierung der Geschichte für soziale Bewegungen

Wenn heute die (freie) Lohnarbeit als „Indikator" nicht ausreicht, um das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein der kapitalistischen Produktionsweise zu „beweisen" (denn dann würde nichts Geringeres als die freiwillige Selbst-Abschaffung des Kapitalismus bevorstehen), dann könnte das auch für frühere Zeiten gelten: Sklaverei, Leibeigenschaft und sogar eine der frühesten Formen ausgebeuteter Arbeit, die der sogenannten „Asiatischen Produktionsweise" zugerechnete Zwangsarbeit, wären dann womöglich — sofern sie in der Neuzeit auftreten — ganz „normale" Produktionsverhältnisse des Kapitalismus, die periodisch und womöglich sogar verstärkt immer wieder eingeführt werden, in neuen Kombinationen auftreten, nie aber wirklich „abgeschafft" wurden. (vgl. Wallerstein 1979, insbes. die Diskussion über eine „2." Leibeigenschaft in Osteuropa, die neuzeitliche Sklaverei auf dem amerikanischen Kontinent und generell das Phänomen unentlohnter Arbeit in der „3." Welt und bei der Frauenarbeit; zu letzterem vgl. Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen 1983).
Eine solche Betrachtungsweise würde es z. B. erklärbar machen, warum heute gerade die Unternehmer selbst die (freie) Lohnarbeit, das angeblich zentrale Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus, abschaffen, verhindern, vermeiden, wo immer möglich (vgl. „Flexibilisierung" der Arbeit, „ungeschützte" Arbeitsverhältnisse, Kinderarbeit etc., Möller 1982), ohne jedoch deshalb auf Akkumulation, Profite und Warenproduktion zu verzichten. Im Gegenteil, diese werden sogar noch gesteigert (vgl. Diskussion über die sog. Weltmarktfabriken, zuerst bei Froebel, Heinrichs, Kreye 1977), und zwar nicht trotz, sondern wegen der Verbreitung angeblich nicht „typisch kapitalistischer" Produktionsverhältnisse.
Wir stehen heute vor der Frage, was also die zunehmende Abschaffung der „freien" Lohnarbeit im Kapitalismus bedeutet: Nähern wir uns dem Ende des Kapitalismus und der Ausbeutung, somit einer Art „Paradies" (wie viele neuerdings behaupten, z. B. Gorz 1980, 1983)? Oder nähern wir uns einer neuen Phase der Sklaverei und des Despotismus (wie andere v.a. für die „sozialistischen" Länder vermuten, vgl. Dutschke 1974, Wittfogel 1977). Ich plädiere nicht für bequemen Optimismus, sondern zunächst für einen illusionslosen Realismus, weil wir ihn brauchen, um unsere beschränkten Kräfte nicht dort zu vergeuden, wo es sinnlos ist.
Eine umfassende, historisch weit ausholende Betrachtungsweise des Kapitalismus als Prozeß, der von Anfang an global ausgerichtet war und die Unterwerfung und Ausbeutung aller Menschen und nicht nur der Lohnarbeiter als Produzenten anvisierte, würde eine ganz andere Art der Periodisierung der Geschichte bedeuten. Sie wäre die Periodisierung der Geschichte der Entstehung, Ausbreitung, Weiterentwicklung und Vertiefung der kapitalistischen Produktionsweise selbst, die es zu einer Vielfalt von Formen, Verhältnissen und deren Kombination gebracht hat und nicht einfach als Evolution, sondern eher als Zyklus anzusehen ist. Zu diesem eher zyklischen Prozeß würde es gehören, daß früher schon einmal benutzte Produktionsverhältnisse wieder eingeführt werden. Ein solches Geschichtsverständnis würde z. B. für eine soziale Bewegung — hier wie in der „3." Welt — bedeuten, daß sie sich nicht mit „Erfolgen" zufrieden gibt, die darin bestehen, daß nun eine neue Form der Dezentralisierung, der Subsistenzproduktion und des Produktionsmittelbesitzes plötzlich wieder möglich sind, (vgl. Debatte über „alternative" Projekte und eine ebensolche Ökonomie) weil dies historisch gesehen innerhalb dieser Produktionsweise durchaus nichts Neues ist

und noch längst nicht bedeutet, daß damit Ausbeutung abgeschafft ist. Gleichzeitig wird aber eine soziale Bewegung, die mit einem derartigen Geschichtsverständnis ausgestattet ist, auch die Vergangenheit nicht unnötig glorifizieren, so wie sie sich auch nicht unnötig auf ein „Später" vertrösten lassen wird. Glaubt man nicht mehr an Alternativen, die keine sind (z. B. Lohnarbeit statt Hausarbeit oder umgekehrt bzw. „Selbständigkeit" statt Lohnabhängigkeit oder umgekehrt), dann fällt es auch leichter, die Logik der Geschichte heute, hier und jetzt, zu erkennen, um an den wirklichen Wendepunkten tätig zu werden, dann , wenn die Weichen gestellt werden.

Historische (und gegenwärtige) Wendepunkte: Neuordnung der geschlechtlichen Arbeitsteilung durch den Staat

Der geschichtlichen Erfahrung nach ist ein solcher Wendepunkt immer dann erreicht, wenn eine neue Arbeitsteilung — und ganz besonders, wenn eine neue geschlechtliche Arbeitsteilung — entsteht oder geschaffen wird. Neue Arbeitsteilung heißt ja immer auch neue Klassenstruktur, neue Teilung zwischen den Ausgebeuteten, ein neues „Teile und Herrsche", wie es in jeder Phase der Entwicklung des Systems offenbar funktionieren muß. Die Spaltung der Unterdrückten verhindert die Solidarität, die sie brauchen, um sich der Unterdrückung zu entledigen. Diese Spaltung hat historisch und von da an jedesmal neu mit der grundlegenden Spaltung zwischen Männern und Frauen begonnen (vgl. zum Beispiel Engels 1974), die bis heute andauert, aber des öfteren neue Formen angenommen hat. Auf der Basis der *Geschlechterspaltung* sind immer wieder andere Spaltungen zwischen Männern und zwischen Frauen errichtet worden und werden es noch. Offenbar sind wir heute wieder an einem Punkt angelangt, an dem eine neue Form der geschlechtlichen Arbeitsteilung entsteht und durchgesetzt wird und zwar überall auf der Welt (vgl. Bennholdt-Thomsen 1984). Welche Funktion der Staat in diesem Zusammenhang übernimmt, soll an dem Beispiel der staatlichen initiierten Modell-Kollektivgenossenschaften in Venezuela („Cumaripa", Yaracuy) dargestellt werden (vgl. ausführliche Beschreibung und Analyse, Werlhof 1983 b, c). Wenn wir uns Entstehungsgeschichte und innere Organisationsform der verschiedenen Genossenschaftstypen ansehen, dann fällt auf, daß die geschlechtliche Arbeitsteilung immer dann besonders rigide, hierarchische, die Geschlechter polarisierende Formen annimmt, wenn der Staat und seine Planer dabei eine größere Rolle spielen. Die am Geschlecht orientierte Über- und Unterordnung der Arbeitenden scheint dabei immer die erste und grundlegende Maßnahme zu sein, die bewußt geplant und festgelegt wird, bevor andere Fragen der Organisation überhaupt ins Blickfeld geraten. Der ökonomische und politische Umgang mit dem Geschlecht wird den Betroffenen sogar um so weniger selbst überlassen, je mehr sowohl Produktion wie Reproduktion insgesamt geplant werden und um so mehr diese Planung als fortschrittlich und zukunftsweisend gilt.

Das Beispiel: Die venezolanischen „Modell"-Kollektivgenossenschaften sind als staatliche Experimente anzusehen, in denen entsprechend erprobt werden soll, inwieweit es innerhalb einer über Kredite gesteuerten Vertragsproduktion gelingt, „die größtmögliche Menge an Familienarbeitskraft zu absorbieren". Das Beispiel sollte hiesigen Vertretern „alternativer" Ökonomie, insbesondere genossenschaftlicher und kreditfinanzierter Produktionseinheiten zu denken geben. So bestand generell in der bäuerlichen Genossenschaft „Cumaripa" eine Anwesenheitspflicht. Wer nicht arbeitete, ohne einen triftigen Grund zu haben, konnte „gefeuert" werden. Es gab praktisch keine Möglichkeit, aus der Genossenschaft auszutreten, ohne auf den der eingebrachten Arbeit entsprechenden Anteil am Gesamtkapital verzichten zu müssen.

Im Krankheitsfalle gab es z. B. keine finanzielle Absicherung, sondern es hatte dann ein Familienmitglied für den Erkrankten einzuspringen, wenn nicht ein Sohn, dann die Frau. Das bedeutet, daß die Sozios (Genossenschaftsmitglieder) Familie haben muß-

ten, und daß die Familienmitglieder im Prinzip fähig sein mußten, dieselbe Arbeit wie das Familienoberhaupt zu verrichten, ohne dieselben Rechte für sich in Anspruch nehmen zu können. So durften die Frauen der Sozios selbst keine Sozios sein. Eine Frau konnte also nur durch Heirat Platz in einer Genossenschaft finden. Die Frauen der Sozios waren ausdrücklich definiert als Hausfrauen. Das heißt jedoch keineswegs, daß sie nicht an der Arbeit in der Genossenschaft teilnehmen sollten oder von der Warenproduktion generell ausgeschlossen gewesen wären. Im Gegenteil, sie hatten — nicht nur im Krankheitsfalle — ständig ihren Männern zu „helfen". Waren sie auf diese Weise schon prinzipiell zu Hilfsarbeitern degradiert, obwohl sie gleichzeitig durchaus auch jede andere und darüberhinaus die qualifizierten Arbeiten tun können mußten, dann ist es um so bemerkenswerter, daß sie für ihre jeweiligen Arbeiten noch nicht einmal Geld erhielten. Obwohl die Frauen also grundsätzlich für jede Tätigkeit zur Verfügung stehen mußten, wurden sie als einzige für deren Durchführung weder entlohnt noch sonstwie vergütet. Damit standen sich die Frauen gerade im besonders modernen, zukunftsweisenden Genossenschaftstyp am schlechtesten.
Die Frauen waren also nur deswegen als „Hausfrauen" bzw. Arbeits-Reserve definiert, damit sie für bestimmte Arbeiten beliebig rekrutierbar waren, dafür aber nicht bezahlt zu werden brauchten. Die Sozios und die Genossenschaft als Ganzes konnten also generell über ihre Frauen und auch Kinder verfügen, wie es ihnen jeweils am günstigsten erschien, und den Wert ihrer Arbeit in die eigene Tasche bzw. die der Genossenschaften und letztlich der Agroindustrie — wie im vorliegenden Beispiel — wandern lassen. Diese Art von staatlich organisiertem und als besonders fortschrittlich geltendem Zuhältertum kennzeichnet in immer deutlicherem Maße die zunehmende Geschlechter-Polarisierung und deren Klassencharakter.
Dasselbe gilt, wenn man die hausfrauliche Tätigkeit der neuen „Hausfrauen" als Ausgangspunkt der Analyse nimmt: Trotz der Reduzierung der Subsistenzproduktion auf die Hausarbeit im engeren Sinne und die Verwandlung eines Großteils auch der weiblichen Tätigkeiten in direkte Warenproduktion, ja deren Vertiefung bis in die häusliche Sphäre hinein (Hausfrauen-Kredite), konnten die Frauen also über keinerlei eigene Einkünfte verfügen. Sie mußten es sogar hinnehmen, daß selbst die verbliebenen, „rein" häuslichen Tätigkeiten ihren Charakter veränderten, und zwar in der Weise, daß sie jederzeit für die Warenproduktion angezapft werden konnten. Nicht anders ist die den Frauen durch Sozialarbeiterinnen vermittelte „Bildung" zu verstehen, die (als Teil des Kredits!) zum Ziel hatte, z. B. die Koch- und Eßgewohnheiten zu verändern und den Frauen neue „Fähigkeiten" beizubringen, wie das Anfertigen von Puppen. Diese Eingriffe in Haushaltsführung und Hausarbeit — wie sie auch in allen „frauenrelevanten" Entwicklungsprojekten üblich sind — dienten der Freisetzung der weiblichen Arbeitskraft für „produktive Zwecke", u. a. nämlich der Vorbereitung auf eine ausdehnbare Heimarbeit zwecks „Befreiung" der Frauen zur Warenproduktion auf Kosten der Subsistenzproduktion. Die allgemeine Ausbreitung der „Hausfrauen-Kredite", für die es inzwischen sogar eine besondere Abteilung im Nationalen Agrarinstitut (IAN) gibt, deutet auf die Wichtigkeit hin, die man ihrem Effekt der Nutzbarmachung angeblich brachliegender oder untergenutzter Ressourcen jenes Teils des weiblichen Arbeitsvermögens beimißt, der sich nicht mit der direkten Warenproduktion beschäftigt (vgl. UN 1980; Prüssner 1980). Das Beispiel der Genossenschaft von Cumaripa zeigt, daß die Frauen durch solche Maßnahmen nicht besser als vorher dazustehen brauchen, ja daß der angebliche „einkommensschaffende Effekt" ihrer neuen Tätigkeiten für sie selbst ausbleibt. In unserem Falle gilt das sogar in einem doppelten Sinne: Die Warenproduktion der Frauen bleibt ausdrücklich (Erntearbeit etc.) oder de facto (vgl. Erfahrungen mit dem Hausfrauen-Kredit; Werlhof 1984 a u. 1983 b) unvergütet, und gleichzeitig müssen die Frauen auf Naturaleinkommen aus Subsistenztätigkeiten verzichten.
Hausfrau sein heißt also nicht, keine Warenproduzentin zu sein, sondern trotz Warenproduktion weiterhin als Subsistenzproduzentin zu gelten. Eine Hausfrau hat zu akzeptieren, daß sie nicht wie ein abhängiger Warenproduzent behandelt wird. Es ist die-

ser Transformationsprozeß, den wir als „Hausfrauisierung" bezeichnen und der in bestimmten Sinne, nämlich bei Verwandlung in zwar lohnlose, dennoch aber monetär vergütete Warenproduktion, auch für Männer gilt („Verbäuerlichung" anstatt „Proletarisierung"). Erfolgt dieser Prozeß nicht „naturwüchsig", sondern — wie in unserem Falle — von oben induziert als eine Art staatliche betriebswirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Maßnahme, dann tritt nicht nur sein ökonomischer Zweck deutlicher zutage, sondern auch sein ideologisch-moralischer.
Die biologistische Zuschreibung von bestimmten Tätigkeiten und Positionen ist aber nicht nur deswegen bedeutsam, weil sie zunächst einmal die Spaltung der Arbeitenden in mindestens zwei große Gruppen bewirkt. Sie ist auch deshalb bedeutsam, weil sie weit über den „biologischen" Rahmen hinaus zu zusätzlichen sozialen Spaltungen zwischen Männern (und zwischen Frauen) benutzt wird. Man könnte sagen, daß Art und Methode der Geschlechterpolarisierung das allgemeine „Modell" für soziale Polarisierung und Differenzierung überhaupt abgeben.
Die ganz bewußt inszenierte, von oben verordnete neue geschlechtliche Arbeitsteilung, wie sie propagiert wird, hat mich in ihrer Deutlichkeit und Unverblümtheit in Bezug auf das dahinterstehende Ausbeutungsinteresse gegenüber der weiblichen Arbeitskraft verwundert. (Aber auch in den Industrieländern wurden inzwischen ähnliche Tendenzen aufgezeigt, vgl. beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10, 1983). Wie ist es eigentlich möglich, in aller Offenheit zu verkünden, daß die Frauen von nun an am besten weder Produktionsmittel noch Löhne besitzen dürfen, gleichzeitig aber nicht nur alle Hausarbeit, sondern auch im Prinzip alle Arten von Warenproduktion inner- und außerhalb des Hauses tun (können) und obendrein auch noch auf Naturaleinkommen durch Subsistenzproduktion verzichten müßten? Schließlich bedeutet das doch nichts Geringeres, als daß weibliche Menschen qua Geburt und prinzipiell umfassend zur niedrigsten sozialen Klasse innerhalb der Gesellschaft, ja zu einer Kaste abhängiger Arbeitstiere gemacht werden sollen, die damit den letzten Rest einer vielleicht noch möglichen teilweisen Selbstbestimmung verlieren, ja systemastisch abgesprochen bekommen sollen. (vgl. Werlhof 1984 b, bzgl. einiger Tendenzen der hiesigen Diskussion über grün-alternative Vorstellungen zukünftiger Arbeit).

Kann man das so scharf formulieren? Die Tatsache, daß ich in diesem Moment an die Schärfe der Formulierung denke, zeigt mir, warum solche Pläne so offen dargelegt und durchgeführt werden können: Weltweit besteht offenbar kaum ein allgemeines Bewußtsein darüber, daß Frauenarbeit Arbeit ist, daß Frauen ausgebeutet werden, daß Frauen Menschen sind, daß Frauen Bedürfnisse haben und daß sie ihre Würde zu verlieren haben. Es besteht kaum ein Bewußtsein darüber, daß die geschlechtliche Arbeitsteilung eine Arbeitsteilung ist, daß das Verhältnis zwischen den Geschlechtern kein natürliches, sondern ein gesellschaftliches und obendrein ausbeuterisches zugunsten der Männer ganz allgemein ist und daß die Spaltung zwischen Männern und Frauen Grundlage der politischen Stabilität ist. Noch weniger besteht ein Bewußtsein darüber, daß Frauenarbeit nicht nur Arbeit ist, sondern unverzichtbare Arbeit, ohne die — im Gegensatz zu vieler Männerarbeit — weder die kapitalistische Akkumulation noch allgemein die Gesellschaft funktionieren würde. Mit anderen Worten, die Frauen sind zuständig gemacht worden für die allgemeine Reproduktion der Gesellschaft im Sinne der Reproduktion des Lebens ihrer einzelnen Mitglieder. Diese Tätigkeit duldet keine Unterbrechung, auch keine kurzfristige. Die Frauen sind damit die wahren Träger der Ökonomie. Sie sind diejenigen, die die wirklich wesentliche Arbeit erledigen (müssen), nämlich für die Befriedigung der Grundbedürfnisse sorgen, und sie sind darüber hinaus diejenigen, die in Zukunft offenbar auch einen Großteil der Warenproduktion und der Männerarbeit selbst übernehmen sollen (Systematisierung von Doppelarbeit, generell doppelter Arbeitstag).
Warum aber sollte eine derart standardisierte, mechanistisch-biologistische Festschreibung der Frauen auf prinzipiell doppelte Arbeit ohne (Lohn-)Einkommen zum neuen „Modell" geschlechtlicher Arbeitsteilung werden?

„Revolutionärer" Staat und neo-patriarchalischer „Anti-Imperialismus": Angebliche „Emanzipation" und gleichzeitige Bewahrung der „Tradition" durch die Systematisierung der weiblichen Doppelarbeit

Der Grund ist wahrscheinlich darin zu sehen, daß die Bedeutung der Frauenarbeit im Kapitalismus (genauso wie auch im sog. real existierenden Sozialismus) zentral ist und sogar noch in dem Maße zunimmt, in dem das System eine wirkliche Befriedigung von Grundbedürfnissen immer weniger zuläßt, andererseits aber von der Verwertung des dabei in erster Linie zu schaffenden „Produkts", nämlich lebendigen Arbeitskräften, abhängig ist (vgl. Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomson 1983). Heute gelten die Frauen in aller Welt offensichtlich als „die letzte Entwicklungsressource', die es weitmöglichst „auszuschöpfen" gilt (vgl. Boserup 1970; Rogers 1980). Es ist aber kein Zufall, wenn sich die praktisch unvergütete Doppelarbeit der Frauen weltweit durchsetzt, und zwar nicht nur quasi „naturwüchsig" als Ergebnis sinkender Lohneinkommen der Männer (oder auch als angeblich „alternative" Ökonomie), sondern — wie für das Beispiel Venezuela im Genossenschaftsbereich gezeigt — auch von oben geplant und durchgesetzt. Es ist nur scheinbar paradox, daß gerade die sogenannten sozialistischen Länder Vorreiter dieser Entwicklung waren (für den Fall sozialistischer Entwicklungsländer vgl. zum Beispiel Thompson 1984 für die VR China; Buro 1981 für Vietnam). Die Arbeitsleistung der Frauen wird dabei immer deutlicher zur wahren Grundlage des Entwicklungsprozesses, und es kann diese Tatsache noch dazu in ebenfalls paradox wirkender Weise auch ideologisch genutzt werden. Die Doppelarbeit der Frauen ermöglicht es nämlich, sie einerseits als „Hausfrauen", andererseits als „Teilnehmerinnen an der öffentlichen Produktion" anzusprechen. Dadurch kann sowohl ihre „Emanzipation", ja Befreiung behauptet werden. Es kann umgekehrt aber auch behauptet werden, man bewahre „alte Traditionen", indem die Frauen „hausfrauisiert" (Mies 1980) werden. Dies geschieht oft (vgl. Rogers 1980, S. 142) auch im Rahmen postrevolutionärer Staats- und Ideologiebildung, bei der zumeist eine Art neo-patriarchalisch motivierter Anti-Imperialismus eine besondere Rolle spielt (allgemein Werlhof 1983 a; für Algerien z. B. Ruf 1979; für Iran z. B. Schuckar, Gholamassad 1980). Die Ideologie vom Bewahren einer Tradition, die tatsächlich aber eines der jüngsten Ergebnisse der weltweiten kapitalistischen Entwicklung ist, scheint überall verknüpft mit dem Anspruch auf bzw. der formal errungenen Kontrolle über „Land und Leute". Unter „Leute" werden dabei offenbar vor allem Frauen (und Bauern) verstanden (vgl. Mies/Reddock 1982). Die Sicherung der „allgemeinen Produktionsbedingungen", nämlich eines Lebensraumes oder Territoriums, des Bodens als Produktionsmittel und seiner Bearbeitung durch entsprechende Arbeitskräfte, die also die Grundlagen der notwendigen „Menschenproduktion" und menschlichen Reproduktion bilden (Bauern und Frauen), ist ja zunehmend überall wieder in den Mittelpunkt der Diskussion und Politik gerückt.

Es deutet vieles darauf hin, daß auch die neuen Versuche dieser Art (in Gestalt der sogenannten „zweiten", sozialistischen Welt) daher vor allem auf einer strengen, ja rigiden Kontrolle gerade dieser „allgemeinen Produktionsbedingungen" und damit allgemein auch der „direkt naturabhängigen Produzenten" — die immer die Mehrheit ausmachen — beruhen. Überall auf der Welt ist zur Zeit ein Prozeß im Gange, bei dem die geschlechtliche Arbeitsteilung ergänzt wird durch eine Arbeitshäufung bei den Frauen und eine Arbeitsverminderung bei den Männern (vgl. Rogers 1980). Frauen übernehmen die Arbeit von Männern, ohne daß umgekehrt die Männer Frauenarbeit übernehmen würden. Im Gegenteil, die männliche Arbeit besteht immer mehr nur im Kontrollieren der weiblichen bzw. in der Bedienung von Maschinen. Die Frage, warum ausgerechnet diejenigen, die am meisten arbeiten, am wenigsten zu sagen haben, läßt sich von hier aus zum Teil beantworten. Denn wenn die Frauen etwas zu sagen hätten, zum Beispiel in den venezolanischen Genossenschaften genauso wie die Männer „socios" sein könnten, dann würden sie als erstes ihre Arbeitsüberlastung bean-

standen bzw. versuchen, bestimmte Arbeiten zu verweigern (für ein derartiges Beispiel aus Tansania vgl. Rogers 1980, S. 187; allgemein für Kuba vgl. zum Beispiel Werlhof 1980).

Die nationale Verteilung des „letzten Werts" als Politik einer neuen „Vermännlichung": Frauen als „Naturalersatz" für den männlichen Lohn oder Produktionsmittelbesitz

Es ist hierbei aber noch ein anderes Faktum von Wichtigkeit. Auch die Männerarbeit ist in den meisten Fällen nicht als Lohnarbeit organisiert bzw. so niedrig oder instabil entlohnt, daß die entsprechenden Einkommen zur Reproduktion der männlichen und allgemein familiären Arbeitskraft nicht ausreichen. Unter Bedingungen der Entwicklung lohnloser Formen der Warenproduktion ist es also zunehmend wichtig, einen Ersatz für den männlichen Lohn zu finden (nicht aber für den weiblichen, da er bisher ja noch nicht die Regel war). Ökonomisch gesehen kann der Lohnersatz aus einem monetären und einem nichtmonetären Teil bestehen. Wie zu sehen ist, bietet sich als monetärer Teil generell z. B. der Kredit an (aber auch ein „garantiertes Mindesteinkommen"; vgl. Schmid 1984). Der nichtmonetäre Teil kann in bestimmten Formen des Produktionsmittel-Besitzes (selten -Eigentums) und/oder in Naturalleistungen (Gütern, Dienstleistungen) bestehen. Da der Produktionsmittelbesitz unter diesen Bedingungen prekär ist und auch bleiben soll, damit er jederzeit wieder einer anderen Verwendung zugeführt werden kann (vgl. Ewers/Schiel 1979), bleibt auf die Dauer gesehen vor allem eine Alternative übrig: die insgesamt langfristig gesicherte Verfügungsgewalt über die Frauen, ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitsprodukte. Tendenziell bleiben letztlich nur die Frauen als eine Art „Naturalersatz" für den verschwundenen (oder nie vorhandenen) Lohn und längerfristigen Produktionsmittelbesitz der Männer übrig. Sie sind gewissermaßen das letzte Pfund, mit dem noch „gewuchert" werden kann, und der letzte „Wert", der national weiterhin zur Verteilung ansteht. Dabei geht es ja nicht nur um rein ökonomische Gesichtspunkte, sondern auch um die Aufrechterhaltung der Spaltung und Hierarchie zwischen Männern und Frauen, um die Gewinnung der Männer für den eingeschlagenen Entwicklungsweg, um die Sicherung ihrer Komplizenschaft im Geschäft der Ausbeutung. Obwohl also zunehmend auch in der sogenannten Ersten Welt ein Absinken vieler Männer in eine quasi „weibliche" Position als Nichtlohnarbeiter und Nicht-Produktionsmittelbesitzer zu erwarten ist, muß umgekehrt gerade ihre „Vermännlichung" wieder betrieben werden. Die Aufgabe des Lohns, auch in diesem Sinne identitätsstiftend zu wirken, nachdem die Produktionsmittel dazu schon länger nicht mehr zur Verfügung stehen, kann objektiv nur noch von den Frauen übernommen werden, indem sie unter allen Umständen den Männern untergeordnet bleiben oder werden, und zwar gerade auch denen, die selbst nichts haben.

Eine neue Drei-Klassen-Struktur?: Die Entstehung einer Klasse lohnloser Warenproduzenten, der Prozeß ihrer Spaltung in „Geschlechter-Klassen" und die Mittler-Position der Männer als „Staats (-tragende) Klasse"

Die Klassenfrage stellt sich, so gesehen, immer mehr als Geschlechterfrage heraus. Geschlechts- und Klassenzugehörigkeit nähern sich immer mehr aneinander an. Die Spaltung der ausgebeuteten Klassen ist immer mehr synonym mit der Geschlechterspaltung. Es entstehen neue „Geschlechterklassen" (oder -„kasten"), heute allerdings als kapitalistische. Auf der anderen Seite kommt es zu einer Angleichung der üblicherwei-

se als Klassenunterschiede bezeichneten Merkmale. So gibt es nicht nur immer weniger freie Lohnarbeiter und Proletarier, sondern auch immer weniger freie Unternehmer, Pächter oder Bauern. „Eigentliche" Unternehmer und Kapitalisten finden sich fast nur noch auf Staats- und allgemein Monopolkapitalebene bzw. im größeren Handels- und allgemein Finanzkapital. Ihnen steht auf der anderen Seite jene „marginale Masse" (Bennholdt-Thomsen 1979) gegenüber, die oft als eine Art Kleinbürgertum (neue Selbständige) verkannt wird. Die neuen Formen der direkten Organisation und Einbeziehung von Teilen dieser Masse in den Verwertungsprozeß durch die sogenannte „Vertragsproduktion" auf Kredit (direkte, aber nicht „reelle", sondern formelle Subsumtion unter das Kapital) bewirkt dabei ihre Verwandlung in eine Art marginale Masse von lohnlosen Warenproduzenten verschiedener Ausprägung und Form. Die Entwicklung dieser keineswegs „nichtkapitalistischen" Produktionsverhältnisse scheint tendenziell in eine Art neue kapitalistische Zwangsarbeit zu münden. Die tatsächliche Polarisierung der Klassengegensätze wird nun auf doppelte Weise verwischt: einmal durch die bereits beschriebene Geschlechterspaltung der marginalen oder Zwangsarbeiter-Klasse und zum anderen durch die Entstehung einer neuen „dritten" Klasse, „Zwischenklasse", „Mittelklasse", quasi kleinbürgerlichen „Staatsklasse" (vgl. die Diskussion bei Buro 1981, S. 71 ff.; Elsenhans 1981, S. 13 ff., allgemein zu einer Art „Dreischichtigkeit" des Weltsystems vgl. Wallerstein 1979). Es handelt sich dabei um eine heterogene Klasse, die aber nicht nur von „unproduktiv" tätigen Beamten und Staatsangestellten, Intellektuellen und „alten" Mittelschichten getragen wird, sondern — wie in unserem Beispiel — im Zuge der Entwicklung der Agro-Industrie und bestimmter Formen von kreditgesteuerter Vertragsproduktion auch von der sogenannten „Arbeiteraristokratie" der industriellen Facharbeiter und größeren Vertragsproduzenten, wie zur Zeit den relativ bessergestellten Kollektivgenossenschaften (im Zuckerrohrbau) und einem Teil der größeren „privaten" Vertragproduzenten (im monokulturellen Maisanbau), den Manager-Pächtern sowie einem Rest von alten und neuen „unabhängigen" mittleren Produzenten (vgl. Werlhof 1983d).

Wie auch immer eine derartige „dritte Klasse" im einzelnen zusammengesetzt sein mag, festzustehen scheint mir, daß auch quer dazu allgemein die Männer meistens als eine solche auftreten und dabei zwischen den wirklich Herrschenden und allgemein den Frauen „vermitteln". Dabei ist allerdings nicht diese Tatsache selbst neu, sondern diejenige, daß diese Vermittlung weitgehend auch ohne ihr Mittel, nämlich die Lohnarbeit, funktioniert und nun in weitaus standardisierteren und rigideren Formen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Prinzips der Vertragsproduktion offenbar nicht ohne Erfolg durchgesetzt wird. Genau an dieser Stelle müßte eine Sozialbewegung ansetzen müßte, wollte sie verhindern, daß auf der Grundlage einer derartigen neuen geschlechtlichen Arbeitsteilung geschaffene Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Spaltung für längere Zeit festgeschrieben würden. Dies ist die Schwachstelle der meisten bisherigen sozialen Bewegungen. Die Vorstellung, Frauen arbeiteten nicht „eigentlich", da Subsistenz-, speziell Haus- und allgemein unentlohnte Arbeit keine Arbeit sei — eine Vorstellung, die ja inzwischen auch auf die Warenproduktion insgesamt angewandt wird, sofern sie lohnlos bleibt-, die Behauptung, den Frauen ginge es allgemein jetzt besser als früher und die Vermutung, bei Frauen handele es sich um eine Art Naturressource, deren Ausbeutung gewissermaßen nicht so schlimm bzw. deren Quellen quasi unerschöpflich seien, verhindern eben immer wieder jedes Problembewußtsein in dieser Frage. (Hier geht es den Frauen noch schlechter als selbst der äußeren Natur, deren Ausbeutung und Erschöpfbarkeit inzwischen wenigstens anerkannt wird).
Wenn nun aber das Geschlechterverhältnis und insbesondere die geschlechtliche Arbeitsteilung Bereiche sind, die in immer offensichtlicher Weise dem direkten Zugriff von Staat und Kapital unterworfen werden, (ja „durchkapitalisiert" werden, vgl. Kayser 1984), dann wird es auch den sozialen Bewegungen allgemein immer unmöglicher werden, diese Tatsache nicht zu problematisieren.

Staat und Patriarchat, allgemeingesellschaftliches Verhältnis und sozialer Prozeß: „Durchstaatlichung" als „Patriarchalisierung" sozialer Beziehungen, die Familie als „dezentrale", staatsähnliche Produktionseinheit und das Familienoberhaupt als „Staatschef" im Kleinen

Bei der Analyse der Produktionsverhältnisse und Wirtschaftspolitik im Agrarsektor trat der Staat zwar ständig in Erscheinung (Agrarreform, Planung, Kreditsteuerung der Produktion, unternehmerische Tätigkeit etc.). Die allgemeine Brisanz der Frage nach dem Staat fing für mich aber erst dann an, bestimmte Konturen zu erhalten, als es um seine Rolle bei der Neuorganisation und Planung agrarischer Produktionseinheiten und darin insbesondere der geschlechtlichen Arbeitsteilung ging. Bei der Suche nach geeigneten Begriffen, um Phänomene wie die „Auslagerung" oder „Externalisierung", die „Nationalisierung" und „Verbäuerlichung", die „Verweiblichung", „Naturalisierung" oder „Hausfrauisierung" von Produktionen, Produzenten und Produktionseinheiten zu benennen, (und zwar im Gegensatz zu ihrer sonst immer behaupteten „Integration", „Proletarisierung" und positiv gemeinten „Vergesellschaftung"), fiel mir erst zum Schluß auf, daß die Gemeinsamkeit dieser Phänomene nicht nur darin zu sehen war, daß sie allesamt im Interesse einer besseren Verwertung und Akkumulation des Kapitals — nicht dort selbst, sondern an anderer Stelle der Akkumulationspyramide — waren, sondern auch von jenem patriarchalen Element durchzogen waren, das sonst (angeblich) nur das Geschlechterverhältnis, die geschlechtliche Arbeitsteilung und die Familie kennzeichnet. Wenn die neuen Produktionseinheiten eben nicht als Fabriken, sondern als „Familien" bzw. neue Formen von „Großfamilien" organisiert werden, dann bedeutete dies ein Sichtbarwerden jener gegenseitigen Durchdringung und dialektischen Einheit von Patriarchat und Kapitalismus — wie sie bis heute meist immer noch bloß als „Dualismus" (oder überhaupt nicht) dargestellt wird. Gleichzeitig rückte dadurch aber auch der Staat neu in den Blickpunkt, und zwar nicht nur, weil er der konkrete Agent und Organisator dieser Produktionseinheiten war, sondern weil auch im Inneren dieser familienhaften Produktionseinheiten Verhältnisse feststellbar waren, die gewissermaßen „nach Staat schmeckten". Mit anderen Worten, die strukturelle Ähnlichkeit zwischen der modernen Familie, modernen „totalen Institutionen" (Anstalten, Gefängnisse, Militär) und der nationalstaatlich organisierten „Produktionseinheit" Gesellschaft traten immer deutlicher hervor. Nach dem Prinzip der „Puppe in der Puppe" erschienen mir nun die neuen Produktionseinheiten bis hinab zur modernen patriarchalischen Nuklearfamilie als Nachbildungen des Staates im Kleinen, Ministaaten oder staatliche Mikrokosmen. Die enge Verzahnung von patriarchalischen und kapitalistischen Elementen (Ausbeutung der Arbeit und Arbeitsteilung hauptsächlich nach Geschlecht) in diesen Produktionseinheiten scheint mir daher am besten dadurch definiert, daß man sie als insgesamt „verstaatlichte", „durchstaatlichte" (vgl. Hirsch 1983, S. 62) bzw. in neuer Form „vergesellschaftete" Sozialbeziehungen bezeichnet.

Wenn dies stimmen sollte, dann läge hierin der Schlüssel zu einer ganzen Reihe ungelöster Fragen einer Staatstheorie. Einmal würden die alten, „klassischen" Fragen zum Staat und seiner Entstehung bzw. Entwicklung wieder neu aufgestellt werden müssen, wie dies Friedrich Engels getan hatte (Engels 1974). Auch heute ginge es wieder um jene „Ursprünge der Familie, des Privateigentums und des Staates", nämlich um ihren inneren Zusammenhang, und nicht einfach nur um bestimmte „Funktionen" und „Formen" des Staates bzw. seine „Spezifika" als Staat „der Peripherie" (vgl. Hanisch, Tetzlaff 1981). Nicht so sehr die historisch gerade notwendigen und eher vorübergehend wichtigen Aufgaben des Staates, sondern die langfristig und permanent notwendigen könnten auf diese Weise thematisiert werden. Unser Beispiel zeigt ja, daß es eben nicht nur zum Beispiel um die Regelung der Beziehungen zwischen Warenbesitzern oder Lohnarbeit und Kapital geht, sondern gerade auch um die Regelung der Beziehungen zwischen denen, die keine Waren besitzen, zwischen Nicht-Lohnarbeitern

und Kapital. Offenbar hat der Staat ja nicht irgendeine Arbeitsteilung und irgendwelche Produktionseinheiten oder allgemein Produktionen und Beziehungen zu organisieren, sondern gerade diejenigen, die vom Kapital „ausgelagert" wurden, nämlich generell in die Familie, in die Dritte Welt und womöglich auch in die Zweite Welt (vgl. Wallerstein 1979; Frank 1979). So gehört zu den permanenten Aufgaben des Staates doch gerade eine bestimmte Organisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und der internationalen Arbeitsteilung. Zu den permanenten Aufgaben des Staates gehört doch gerade die Herstellung einer entsprechenden Beziehung zu den Nicht-Lohnarbeitern, nämlich den Frauen, den Bauern, den sogenannten „Marginalisierten" (dem in der Ersten Welt sogenannten „informellen Sektor") und deren periodische Neugestaltung. Das heißt es doch, wenn davon die Rede ist, daß der Staat die „allgemeinen Voraussetzungen der Produktion" zu besorgen hätte. Wenn es dem Staat dabei gelingt, bestimmte Sozialbeziehungen von oben nach unten durchzusetzen, so daß die unmittelbaren Produzenten nicht täglich und immer wieder zu ihrer entsprechenden Tätigkeit gezwungen werden müssen, sondern diese quasi „freiwillig" tun, dann wird ihm das Regieren leichter. Der Staat muß also ein Interesse an einer Art „Durchstaatlichung" der Gesellschaft in die Tiefe, bis hinein in die Individuen selbst haben, damit diese im Idealfall selbst jene Kontrolle ausüben (müßten). (vgl. Huber 1984). Der Staat muß also ein Interesse daran haben, daß die Produktionseinheiten innerhalb seines direkten Organisationsbereichs (Agrarsektor, Familie) so funktionieren, als wären sie selbst kleine Staaten und die jeweiligen „Oberhäupter" sich so verhalten, als wären sie kleine Staatschefs. Selbst ein Stück des staatlichen Gewaltmonopols kann auf diese Weise „delegiert" werden (der Ehemann darf seine Frau züchtigen, juristisch gesehen darf er sie sogar vergewaltigen, also insgesamt ihre körperliche Unversehrtheit antasten). So ist das historisch Neue an der modernen Kleinfamilie und zur neuentstehenden Großfamilie im Gegensatz zu deren älteren Formen womöglich darin zu sehen, daß sie letztlich von oben oktroyierte, im Prinzip staatsähnliche Institutionen sind, während ihre älteren Vorgänger eher oder zum Teil noch von unten gewachsen und gerade anti-staatlich orientiert waren. Eine Politik der Durchstaatlichung menschlicher Beziehungen würde also bedeuten, daß der Staat außer Funktionen und Formen auch ein Prinzip sozialer Organisation, ja ein allgemeines soziales Verhältnis darstellen würde, das sich auf allen Ebenen der Gesellschaft wiederholt und tendenziell immer mehr auch im individuellen Bereich durchsetzt (vgl. Poulantzas, Miliband 1976; sowie die Diskussion darüber bei Birchler, Steiner, Wydler 1982/83). Inwieweit selbst die Frauen dem Prozeß der Verinnerlichung staatlicher Kontroll- und Beherrschungsinteressen schon zum Opfer gefallen sind, wäre unter dieser Perspektive ebenfalls zu untersuchen. (Disziplinierungsfunktion gegenüber den Kindern, Mittäterschaft, Komplizenschaft, schweigende Duldung von Gewalttätigkeiten, Ausübung psychischer Gewalt, KZ-Aufseherinnen-Syndrom, „Vermännlichung" von Frauen etc.)

Staat und Kapital, dialektische Einheit und gesellschaftliches Kontinuum: Weltsystem und „Nationalstaats-Illusion", Aufhebung der Trennung zwischen Kapital und Staat (Aktualität der „Asiatischen Produktionsweise") und Logik der Gleichzeitigkeit von Demokratie und Diktatur

Als weiteren Fragenkomplex, den es neu zu diskutieren gälte, sei hier vor allem und ganz allgemein das Verhältnis von Staat und Kapital genannt. Es ist ja erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit meist immer noch angenommen wird, Verstaatlichung von Firmen oder Produktionszweigen seien irgendwie anti-kapitalistische Maßnahmen, oder der periphere Staat sei kein kapitalistischer Staat, sondern verwalte eine im Prinzip nichtkapitalistische Gesellschaft oder setze gar eine nichtkapitalistische Produktionsweise durch, sei sie postkolonial und revolutionär oder bürokratisch und eta-

tistisch (vgl. die Diskussion bei Evers 1977; Elsenhans 1981; Buro 1981; Hanisch, Tetzlaff 1981). Auf der Ebene der Staatsdiskussion wiederholt sich hier dasselbe Phänomen, das wir als „Produktionsweisen-Debatte" gekennzeichnet haben, nämlich die von fast sämtlichen Autoren aus nahezu allen politischen Lagern behauptete Dreiteilung der Welt in eine Erste mit „rein" kapitalistischer Produktionsweise und eine Dritte mit bestenfalls „dominant" kapitalistischer, ansonsten aber „kolonialer", „präkapitalistischer", „feudalistischer", in jedem Falle aber letztlich deformierter oder gar überhaupt nicht kapitalistischer Produktionsweise. Aus der Sicht von zum Beispiel Immanuel Wallerstein handelt es sich hierbei um eine ahistorische, die Totalität der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht berücksichtigende Betrachtungsweise, die (— wie man im Vergleich mit der Diskussion über die „Sozialstaatsillusion" sagen könnte —) gewissermaßen einer Art „Nationalstaats-Illusion" aufsitzt und dabei „zwei Pseudoprobleme" schafft: „das Problem des angeblichen Fortbestehens feudalistischer Formen und das der Schaffung sozialistischer Systeme" (Wallerstein 1979, S. 36). Auch aus seiner Sicht ist der „Kern des Problems die Existenz von freier Lohnarbeit als Definitionsmerkmal einer kapitalistischen Produktionsweise"(S. 38), wobei übersehen wird, daß „Lohnarbeit nur eine Weise (ist), auf welche Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt rekrutiert und bezahlt wird", die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware also nicht bedeutet, daß sie dabei unbedingt in freie Lohnarbeit verwandelt werden muß. Daher sind „Sklaverei und sogenannte zweite Leibeigenschaft . . . nicht Anomalien in einem kapitalistischen System" (S. 45). Es sei daher auch eine „irreführende Vorstellung", von einem „von feudalen Elementen beherrschten Staat" zu sprechen, „als ob es so etwas in einer kapitalistischen Weltwirtschaft überhaupt gehen könnte" (S. 34). Damit sind wir bei der Frage der Periodisierung der Geschichte gelandet, denn wenn es also „so etwas wie nationale Entwicklung (verstanden als Geschichte) gar nicht gibt, und wenn die eigentliche Vergleichseinheit das Weltsystem ist, dann ist die Frage nach dem Überspringen von Stadien (bzw. diesen selbst, d. Verf.) unsinnig" (S. 34). Wenn demnach das kapitalistische Weltsystem nicht aus Nationalstaaten mit jeweils eigener Produktionsweise besteht, sondern „eine Einheit mit einer einzigen Arbeitsteilung und mannigfaltigen Kultursystemen" (S. 35) ist, und wenn damit „Kapitalismus . . . die Aneignung des volkswirtschaftlichen Überschusses der gesamten Weltwirtschaft durch die Länder des Zentrums (heißt)" (S. 47), dann stellt sich die Frage, ob der Staat in der Peripherie oder sonstwo kapitalitisch sei oder nicht, überhaupt nicht mehr. Innerhalb des Weltsystems hätte der Nationalstaat lediglich dieselbe Aufgabe wie sie diejenigen Institutionen haben, die mittels einer Durchstaatlichung nach unten hin weiterhin geschaffen werden. Ohne vermittelnde Institutionen und Organisationseinheiten bzw. Produktionseinheiten wäre also das Weltsystem gar nicht funktionstüchtig. Der Staat ist so gesehen eine Art Kontinuum und Prozeß sowie qua Entstehungsursache (kapitalistisches Weltsystem) auch unmöglich „autonom" gegenüber dem Kapital, denn er wäre nichts anderes als dessen Kehrseite, die andere Seite der Medaille. Kapital und Staat wären daher auch nichts „Duales", sondern eine dialektische Einheit, die zuweilen mehr, zuweilen weniger arbeitsteilig funktioniert. Die Trennung zwischen Kapital und Staat wäre demnach womöglich nur zu der Zeit sichtbar vollzogen, wo es auch zu einer Teilung der Arbeit in Lohn- und nicht entlohnte Arbeit, vor allem in Lohn- und Hausarbeit als allgemeiner gesellschaftlicher Arbeitsteilung gekommen ist. Die Illusion, daß Kapital und Staat (Kapitalismus und Sozialismus; Kapitalismus und Patriarchat) zwei verschiedene Systeme seien und nicht bloß ein einziges arbeitsteiliges System ist geknüpft an die Ideologie der „sozialen Marktwirtschaft" des „liberalen Rechtstaats". Faktisch laufen ja die sogenannte „Durchkapitalisierung" und „Durchstaatlichung" immer parallel (vgl. auch Hirsch 1974).

Von „Staatskapitalismus" im Unterschied zum „normalen" Kapitalismus zu sprechen (vgl. Hein 1981), würde also insofern das Problem verfehlen, als es diesen Unterschied per definitionem nicht geben kann, Kapitalismus also immer auch Staatskapitalismus und Staat immer auch kapitalistischer Staat bedeutet. Das überall auf der Welt zu beobachtende neuartige Verschmelzen von Staat und Kapital (vgl. die Diskussion um den

„korporatistischen Block" bei Esser 1982; bzw. auch die sogenannte „Konvergenz"-Diskussion bei Aaron 1962) würde sich also aus dem Niedergang der Lohnarbeit (nicht der Warenproduktion) notwendig ergeben und die Gleichzeitigkeit von Kapital und Staat bzw. ihr zunehmend häufigeres „Umschlagen" ineinander immer wahrscheinlicher machen. Gerade in der sogenannten Dritten Welt sind derartige Effekte ja schon länger an der Tagesordnung, und es geht dort bereits nicht mehr nur um die Bildung etwa eines „korporatistischen Blocks", sondern vielmehr um dessen Ausgestaltung und Vertiefung. Auch von hieraus wird man an die bereits genannte „asiatische Produktionsweise" erinnert. Selbst deren relative „Stagnation" in früheren Zeiten könnte sich auch gewissermaßen „trotz" Kapitalismus wiederholen, denn „Verhinderung bürgerlicher Entwicklung" (Buro 1981, S. 76) in der Dritten und auch Zweiten Welt bedeutet ja womöglich nichts anderes, als daß eben nur in der Ersten Welt als Akkumulation anfällt, was anderswo produziert wurde. Wo das Ergebnis der Akkumulation gar nicht anfallen soll, braucht man ja auch nicht „echte" Bourgeoisien. Im Gegenteil diese würden sich höchstens einen größeren Teil des Arbeitsergebnisses aneignen als Produzenten, die, wie zum Beispiel die Bauern (und die Frauen), (angeblich) nicht „akkumulationsorientiert" sind. Nicht die Produktion soll hier stagnieren, sondern die Akkumulation.

Staat und soziale Bewegungen: Sichtbarkeit der Subsistenzproduktion als materielle Basis, Kritik der Warenproduktion als „Überbau" und Utopie als Ergebnis einer Aufhebung der Geschlechter-Grenze

Diese Betrachtungweise würde, schließlich, auch geeignet sein, um der Diskussion über die Frage, inwiefern der Staat nicht nur „Überbau", sondern auch „materielle Basis" sei, in neuer Weise näherzutreten. Das Auftreten des Staats als Unternehmer, wie wir es auch im Falle Venezuela beobachtet haben, und sein Verhalten als aktiver, kreditgebender Organisator der Produktion, ließen sich von hieraus ohne Schwierigkeiten erklären. Ja mehr noch, auch die Frage sei gestattet, inwiefern selbst das Kapital (und die Lohnarbeit) auch nicht nur Basis, sondern Teil des sogenannten Überbaus sind. Denn einerseits tritt, wie wir in Venezuela gesehen haben, das Kapital immer öfter gerade nicht in seiner Produktivform, sondern in seiner Handels-, Finanz- und „parasitären" Spekulativform auf, was offensichtlich mit der Entwicklung zum Monopolkapitalismus und dem „Auslagern" des Produktionsrisikos zusammenhängt. Andererseits stellt sich aber auf einer noch generelleren Ebene die Frage, ob nicht die Produktion für die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse mehr mit „Basis" zu tun hat als die Produktion von Export-, Luxus-, Rüstungsgütern, wie sie immer typischer für viele Bereiche der Lohnarbeit geworden ist. Gerade die letzteren aber fallen unter die organisatorischen Fittiche des Kapitals, die ersteren dagegen unter die des Staats. Damit sind wir dann wieder bei der Bedeutung der Nahrungsmittel- und „Menschen"-Produktion von Bauern und Frauen angelangt. Auch eine Sozialbewegung, die ökonomische Veränderungen herbeiführen will, muß sich fragen, was für sie wichtig und was unwichtig ist, worauf man verzichten kann und worauf nicht, konkret: ob sie nur eine Veränderung von Lohnarbeit oder Warenproduktion anstrebt und ob sie nicht vielmehr gerade am Problem der Subsistenzproduktion und Selbstversorgung aussetzen müßte. Auch insgesamt ist die Frage nach dem Staat von entscheidender Bedeutung für jede Sozialbewegung, weil der Staat in jedem Falle als ihr unmittelbarer Gegner erscheint und es daher wichtig ist, seine Aufgaben, Interessen und sein Verhältnis zum Kapital zu kennen. Die Illusion, der Staat habe andere Interessen als das Kapital oder würde gerade dort auf Gewalt verzichten, wo er für eine Fortsetzung der „ursprünglichen" Akkumulation zu sorgen hat, nämlich im Agrarsektor (vgl. Frank 1979, S. 23) sowie vor allem auch im Verhältnis zur „Dritten Welt" und allgemein zu den Frauen (Werlhof 1978), bräuchte dann jedenfalls niemanden mehr zu verwirren. Denn ist der

Staat letztlich „allgemeine Zwangsgewalt" (Blanke, Jürgens, Kastendiek 1974, S. 79), dann heißt das, daß er „das Recht", insbesondere die Menschenrechte und das Recht auf Leben und Organisation (Blanke u. a. 1974, S. 96), bestenfalls für den Teil der Bevölkerung sichern wird, der als „freie Lohnarbeiter" in Erscheinung tritt. Für die Mehrheit der Bevölkerung, die auf verschiedene Weise und in unterschiedlichem Ausmaß nicht als „Vollbürger" in diesem Sinne gilt, ist der Staat eher „Ausnahmestaat" (vgl. Diner 1980, S. 20 f.). Das gilt gerade für weibliche und bäuerliche Produzenten, die ja im Prinzip keine freien Lohnarbeiter sind, weil sie nicht „frei" von Produktionsmitteln (Land, Gebärfähigkeit) sind. Gerade sie haben daher auch die Möglichkeit, neue Formen der Organisation nichtentlohnter Arbeit, wie sie der Staat induziert, weder als Rückkehr zu vorkapitalistischen noch als „Realisierung utopischer Lebensformen" zu verkennen (für den Fall der israelischen Kibbuze sowie allgemein vgl. Diner 1980, S. 48). Dagegen wird eine ländliche Sozialbewegung vor allem damit zu tun haben, die ebenfalls vom Staat in Gang gesetzten Mechanismen der Erhaltung von Gegensätzen zwischen den unmittelbaren Produzenten als Politik des „Teile und Herrsche" zu durchschauen, vor allem wenn es sich um die grundlegende Spaltung zwischen den Geschlechtern handelt. Es scheint, als würden bäuerliche oder „verbäuerlichte" Produzenten ihre neuerliche „Vermännlichung" als „Oberhäupter" kleiner und größerer Familien, die auf einer neuen Form des „Eigentums" an den Frauen, nicht aber an den sächlichen Produktionsmitteln beruhen, zunächst einmal akzeptieren, obwohl sie insgesamt und als „Klasse" eher abgestiegen sind (Kompensationsfunktion). Das Problem der tendenziell „marginalisierten" ländlichen Bevölkerung, die sich in einer neuen sozialen Bewegung engagiert, wird es also nicht so sehr sein, aus dem Verlust bzw. dem Nie-Erscheinen der Lohnarbeit die falschen Schlüsse zu ziehen, sondern die „innere Grenze" (Diner 1980, S. 93), nämlich insbesondere die Geschlechtergrenze, zwischen den insgesamt „Ausgegrenzten" aufzuheben und deren verstärkte Neuerrichtung zu verhindern. Hierin läge — wenn überhaupt irgendwo — der Weg in eine Gesellschaft ohne Staat, Kapital und Patriarchat.

Literatur

AARON, Raymond: Dix-huit leçons de la société industrielle, Paris 1962

BEITRÄGE zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10: Zukunft der Frauenarbeit, Köln 1983

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Marginalität in Lateinamerika — Eine Theoriekritik, in dies. u. a.(Hrsg.), Lateinamerika, Analysen und Berichte 3, Berlin, 1979, S. 45-85

dies.: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 14, Frankfurt, 1981, S. 30-51

dies.: Auch in der Dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen — Warum?, in: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hrsg.), Hauswirtschaft — International, Bad Godesberg, 1984, S. 32-41

BIRCHLER, Irma/STEINER, Hans-Peter/WYDLER, Hans: Semesterarbeit im Rahmen des Seminars „Theorien zur Entstehung des Staates", Zürich 1982/83

BLANKE, Bernhard/JÜRGENS, Ulrich/KASTENDIEK, Hans: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Prokla 14/15, IV. Jg., Nr.3/1974, S. 51-102

BOSERUP, Esther: Woman's Role in Economic Development, New York 1970

BURO, Andreas: Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung? Lehren aus Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt, Frankfurt/New York 1981

DINER, Dan: Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient, Frankfurt 1980

DUTSCHKE, Rudi: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974

EISENSTEIN, Zillah R. (Hrsg.): Capitalist Patriarchy and the Case for Socialist Feminism, New York/London 1979

ELSENHANS, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft, Versuch über den Staat der Dritten Welt, Frankfurt 1981

ENGELS, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin 1974, (zuerst 1884)

ESSER, Josef: Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt 1982

EVERS, Hans-Dieter/SCHIEL, Tilman: Expropriation der unmittelbaren Produzenten oder Ausdehnung der Subsistenzwirtschaft — Thesen zur bäuerlichen und städtischen Subsistenzreproduktion, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungsoziologen (Hrsg.), Subsistenzproduktion und Akkumulation. Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie Nr. 5, Saarbrücken 1979, S. 279-332

EVERS, Tilman: Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen, Frankfurt 1977

FRANK, André Gunder: Über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt 1979, S. 68-102

ders.: Economic Crisis and the State in the Third World. Development Studies, Discussion Paper No. 30, Norwich 1979

FRÖBEL, F./HEINRICHS, J./KREYE, O.: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek 1977

GORZ, André: Abschied vom Proletariat, Frankfurt 1980

ders.: Wege ins Paradies, Berlin 1983

HANISCH, Rolf/TETZLAFF, Rainer (Hrsg.): Staat und Entwicklung. Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern, Frankfurt/New York 1981

HEIN, Wolfgang: Zur politischen Ökonomie ölexportierender Länder, in: Prokla 42/1981, S. 93-108

HIRSCH, Joachim: Sozialstaatskrise und das sozialdemokratische Dilemma, in: ders. u. a., Die Zukunft des Sozialstaats, Stuttgart 1983, S. 56-71

ders.: Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in: ders. u. a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973, S. 199-266

ders.: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt 1974

HUBER, Joseph: Die zwei Gesichter der Arbeit, Reinbek 1984

KAYSER, Gundula: Die Entwicklung neuer Formen der Geburtenkontrolle (Diplomarbeit), Bielefeld 1984

MIES, Maria: Housewives produce for the World Market. The Lace Makers of Narsapur, Genf 1980

MIES, Maria/REDDOCK, Rhoda E. (Hrsg.): National Liberation and Women's Liberation, ISS, Den Haag 1982

POULANTZAS, N./MILIBAND, R.: Kontroversen über den kapitalistischen Staat, Berlin 1976

PRÜSSNER, Christa: Strategien zur „Integration von Frauen in den Entwicklungsprozeß". Eine kritische Analyse „frauenrelevanter" Entwicklungspolitik (Diplomarbeit), Bielefeld 1980

ROGERS, Barbara: The Domestication of Women. Discrimination in Developing Societies, London/New York 1980

RUF, Werner: The Socialist Villages of Algeria — An attempt of economic and social restructuring of the Algerian agrarian society. Beitrag für: „Unterentwicklung und Subsistenzreproduktion", Abschlußtagung, (Manuskript), Bielefeld 1979

SARGENT, Lydia (Hrsg.): Women and Revolution. The Unhappy Marriage of Marxism and Feminism, London 1981

SCHMID, Thomas (Hrsg.): Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin 1984

SCHUCKAR, Monika/GHOLA MASSAD, Massudeh: „Wir haben keine Revolution gemacht für den Rückschritt!" Frauenkämpfe im ersten Jahr der islamischen Republik Iran, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 3, Frauen und „Dritte Welt", München 1980, S. 7-25

THOMPSON, Lanny: State, Collective, and Household: The Process of Accumulation in China, 1949-1965, in: Smith, J., Wallerstein, J., Evers, H.D. (Hrsg.): Households and the World Economy, Beverly Hills 1984, S. 180-198

THÜRMER-ROHR, Christina: Wendezeit — Wendedenken — Wegdenken, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 12, Köln 1984, S. 52-60

UN (United Nations): World Conference of the UN, Decade for Women, Kopenhagen 1980

WALLERSTEIN, Immanuel: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: D. Senghaas (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie, Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt 1979, S. 31-67

WERLHOF, Claudia von: Frauenarbeit: Der blinde Fleck in der Kritik der Politischen Ökonomie, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 1, Erste Orientierungen, München 1978, S. 18-32

dies.: „Vereint wie eine Schar wütender Adler . . .'' Frauenkämpfe und Machismo in Lateinamerika, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 3, Frauen und „Dritte Welt'', München 1980, S. 26-43

dies.: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau? (Teil I,II), in: u. a.: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983, S. 111-134

dies.: Auf dem Wege zu einer neuen Zwangsarbeit? Frauenarbeit im Agrarsektor Venezuelas, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10: Zukunft der Frauenarbeit, Köln 1983, S. 135-156

dies.: Neue Formen genossenschaftlicher Agrarproduktion und staatlich verordneter Geschlechterpolarisierung — Das Modell-Kollektiv von Cumaripa, Venezuela—, in: dies. u. a.: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983, S. 62-81

dies.: Neue Formen der Warenproduktion ohne Lohnarbeit. Die Organisation ländlicher Kollektivgenossenschaften in Venezuela nach dem Muster von Kleinfamilie und Vertragsproduktion: das Großprojekt Quibor, in: Auf dem Wege zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung? Bedingungen und Grenzen für eine eigenständige Entwicklung, Baden-Baden (Nomos) 1983, S. 307-325

dies.: Produktionsverhältnisse, geschlechtliche Arbeitsteilung und soziale Bewegung auf dem Land, Bauern in Venezuela, Habil. arb., Bielefeld 1984a (erscheint bei Periferia Verlag/CON Vertrieb, Bremen 1985, unter dem Titel: Wenn die Bauern wiederkommen . . . Frauen, Arbeit und Agrobusiness in Venezuela).

dies.: Zur Kritik dualwirtschaftlicher Ansätze in der neueren Diskussion über „die Zukunft der Arbeit'', den „informellen Sektor'' und eine „alternative Ökonomie'' (Habil. Vortrag), Working Paper No. 50 des FSP Entwicklungssoziologie, Univ. Bielefeld 1984; sowie in: Opielka, Michael (Hrsg.): Die Ökosoziale Frage, Frankfurt 1985)

dies./MIES, Maria/BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie. Technologie und Politik 20, Die Zukunft der Arbeit 4, Reinbek 1983

WITTVOGEL, Karl A.: Die orientalische Despotie, Frankfurt/Berlin/Wien 1977

Autorinnen

Veronika Bennholdt-Thomsen, 40 Jahre, einen Sohn von 4 Jahren, Anthropologin und Soziologin, arbeitete und lebte lange Jahre in Mexiko. 1980—81 Koordinatorin des Postgraduierten Programms: „Women and Development" am Institute of Social Studies, Den Haag; jetzt Professorin auf Zeit an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.

Angelika Blickhäuser, 30 Jahre, Diplomhandelslehrerin und Diplomvolkswirtin, seit 1981 mit Unterbrechungen erwerbslos, seit 1982 unbezahlte Arbeit in der Initiative „Frauen gegen Erwerbslosigkeit", Lehrauftrag an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Köln.

Barbara Böttger, 42 Jahre, Publizistin, freie Autorin und Filmemacherin bei Funk und Fernsehen, 2 Töchter.

Bärbel Clemens, 32 Jahre, Diplom-Sozialwirtin, wiss. Mitarbeiterin an der Uni Hannover (Teilzeit, befristet). Ich suche neue Wege von einer Politik der Weiblichkeit zu einer Politik der Egalität und beschäftige mich deswegen mit Politik und Theorie der alten Frauenbewegung. Weitere Arbeitsschwerpunkte: Autonome Frauenbewegung und Institutionalisierung von Frauenforschung/Frauen an der Hochschule.

Verena Fiegl, 26 Jahre, Sozialarbeiterin. Im Frühjahr '85 Abschluß des Soziologiestudiums und Geburt des ersten Kindes, das ungeduldig erwartet wird. Arbeitsschwerpunkte: Rassismus und der Widerstand von Frauen.

Inge Hehr, 35 Jahre, Volkswirtin und Psychologin, angestellt am Hamburger Institut für Sozialforschung. Forschungsthema: „Ungeschützte Arbeitsverhältnisse und die Armut von Frauen".

Anne Klein, feministische Rechtsanwältin aus Berlin. Hatte 1984 einen Honorarvertrag als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundestagsfraktion der Grünen und war dort Mitbegründerin des AK Frauenpolitik.

Anne Lütkes, 36 Jahre, Rechtsanwältin in Köln.

Sabine Marx, 26 Jahre, studiert Soziologie, arbeitet unentlohnt bei der Bielefelder Zeitung „Tarantel".

Regina Michalik, Diplom-Psychologin, als solche erwerbslos, arbeitete seit März '83 in der Bundestagsfraktion der Grünen, dort Mitbegründerin des AK Frauenpolitik. Ringt bei den Grünen um feministische Positionen, seit Dezember '84 im Bundesvorstand.

Carola Möller, 55 Jahre, Dr. rer. pol., Arbeitsbereiche: Frauenforschung mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Armut. Derzeit angestellt am Hamburger Institut für Sozialforschung. Forschungsthema: „Ungeschützte Arbeitsverhältnisse und die Armut von Frauen".

Monika Molter, 31 Jahre, Diplomsoziologin, seit 1981 mit kurzen Unterbrechungen erwerbslos, seit 1982 unbezahlte Arbeit in der Initiative „Frauen gegen Erwerbslosigkeit", die seit Mitte 1984 in Form einer ABM-Stelle bezahlt wird.

Brunhilde Sauer-Burghard, 42 Jahre, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie, Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Jura, Akademische Oberrätin an der Universität Köln, Arbeitsschwerpunkte: Sozio-historische Frauenforschung, geschlechtliche Arbeitsteilung und geschlechtsspezifische Sozialisation.

Irmgard Schultz, 35 Jahre, seit 4 Jahren im Frankfurter Frauenbuchladen, z. Z. erwerbslos, 1 Jahr in Mexiko gelebt, jahrelang Referentin für politische Jugendbildung gewesen, Arbeits- und Interessenschwerpunkt: feministische Geldtheorie.

Helgard Ulshoefer, 44 Jahre, Diplomsoziologin, stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandes Alleinstehende Mütter und Väter; Referentin für Sozialpädagogik am Pädagogischen Zentrum Berlin.

Claudia von Werlhof, 41 Jahre, einen Sohn von 2 Jahren, studierte Volkswirtschaft und Soziologie, arbeitet als wissenschaftliche Assistentin an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld. Habilitierte sich 1984 in Politikwissenschaft, z. Z. Gastprofessorin für Frauenforschung am Fachbereich Politische Wissenschaft an der FU Berlin, Arbeits- und Interessenschwerpunkte: feministische Gesellschaftstheorie und Frauenarbeit, Frauen in der Dritten Welt.

Christa Wichterich, 35 Jahre, Soziologin und Germanistin, nach mehrjährigem Arbeitsaufenthalt in Indien z. Z. freiberufliche Journalistin, Schwerpunktthema: Frauen in der Dritten Welt.

Susanne Zeller, 33 Jahre, Sozialarbeiterin und Erziehungswissenschaftlerin, promoviert in Geschichte der Sozialarbeit und Frauenerwerbsarbeit in der Weimarer Republik an der TU Berlin.